

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 42 38. Jg.

16. Oktbr. 1925

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

**Redaktion:**  
Hans Rosinger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-  
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24, -- Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Schenkels-Leipzig, Auguststraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten* [Postverlagsort Schmöckwitz.]

### Ergebnislose Tarifverhandlungen im Formenstich.

Nach den Bestimmungen des Tarifes für das deutsche Formstechergewerbe müssen Abänderungsanträge zwei Monate vor Ablauf des Vertrages eingereicht werden. Diese Anträge sollen innerhalb eines Monats beraten werden, damit den Vertragsparteien Gelegenheit bleibt, den Tarif mit einmonatlicher Frist vor seinem Ablauf zu kündigen. Durch die Vertragsparteien wurden die tariflichen Fristen für Einbringung der Anträge zur Abänderung des Tarifes bis zur ersten Septemberwoche verschoben. Mit der Einreichung der Abänderungsanträge der Gehilfen, die die Paragraphen 3, 4, 5, 7, 9, 10, 11 und 13 des Tarifes betreffen, wurde gleichzeitig vom Vorstand auftragsgemäß der Tarifvertrag gekündigt. Die Kündigung sollte nicht bedeuten, daß die Gehilfen eine vertragslose Zeit wollen. Es sollte vielmehr durch sie zum Ausdruck gebracht werden, daß der Tarif in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht noch ein Jahr für die Verhältnisse des Gewerbes bindend sein sollte. Die Unternehmer hatten keine Revisionsanträge gestellt.

Am 20. September fand eine Generalversammlung des Unternehmerverbandes in Hannover statt, in welcher anscheinend zu allen Gehilfenanträgen eine ablehnende Haltung eingenommen wurde. Nach der Zusammenkunft der Unternehmer wurde auf Gehilfenantrag vereinbart, daß die Tarifverhandlungen am 8. Oktober in Hannover stattfinden sollten und daß der Tarifvertrag in seiner bisherigen Form bis zum Abschluß der Verhandlungen weiter laufen soll. Die Gehilfen wollten nicht, daß zwischen Ablauf des alten und Abschluß des neuen Tarifes eine vertragslose Zeit vorhanden war. Beide Parteien benötigten die dazwischen liegende Zeit zur Aufnahme einer Statistik.

Bei den Verhandlungen am 8. Oktober, die ebenfalls in Hannover stattfanden, wurde von den Unternehmervetretern von vornherein in bündiger Weise erklärt, daß es unter den augenblicklichen gewerblichen Verhältnissen nicht möglich sei, den Gehilfen Zugeständnisse irgendwelcher Art zu machen. Dem wurde hinzugefügt,

daß, wenn die Gehilfen auf der alten Grundlage das Vertragsverhältnis nicht fortsetzen wollten, mit dem 8. Oktober das Arbeitsverhältnis tariflich nicht mehr gebunden sei. Nach diesem reichlich aggressiven Vorgehen hätten die Verhandlungen eigentlich ihr Ende erreichen können. Wenn es nicht geschehen ist, so muß das der besonderen Haltung der Gehilfenvertreter gutgeschrieben werden. Bei solcher Sachlage konnte nicht erwartet werden, daß gegenüber der Haltung, die die Verhandlungsteilnehmer der Unternehmer durch ihr gebundenes Mandat ausüben mußten, die Diskussion sanftmütig war. Die Gehilfenvertreter ließen es sich auch nicht nehmen, die von den Gehilfen gestellten Anträge zu begründen und zu beweisen, daß sie den gewerblichen Verhältnissen in jeder Weise entsprechen und vom Gewerbe auch getragen werden können. Es hat sich in letzter Zeit manches ereignet, das einen Teil der Unternehmer als nicht tarifreu darstellt. Es hat sich aber auch gezeigt, daß das Gewerbe höhere Löhne als die tariflich festgelegten Mindestlöhne zahlen kann. Von 429 ermittelten Formstechern haben 180 den tariflichen Spitzenmindestlohn und 129 werden über diesen bis zu 33 Proz. mehr entlohnt. Dadurch, daß die Betriebe, die höhere Löhne zahlen, mindestens so gut existieren wie die andern Betriebe, sei bewiesen, daß das Gewerbe höhere Löhne zahlen könnte. Ein besonderes Kapitel bildete bei den Auseinandersetzungen die verschiedentlich eingerissene Lehrlingszucht. Es sei des guten zu viel, daß durch starke Überschreitungen der zulässigen Lehrlingszahl 164 Lehrlinge gehalten würden. Das Gewerbe treibe hierdurch wieder Zuständen entgegen, die auch den Unternehmern höchst unerwünscht sein müssen. Weiter spielte die verbotswidrige Abgabe von Heimarbeiter seitens einer Anzahl Firmen eine Rolle. Nicht zuletzt aber verwiesen die Gehilfenvertreter die Unternehmer darauf, daß die gedrückten Preise ausschließlich auf die Einsichtslosigkeit eines Teiles der Mitglieder des Unternehmerverbandes zurückzuführen seien. Ohne jede Not unterbieten sich

dieseben und reißen den Agenten die Arbeit zu jedem Preise aus den Händen.

In sehr lebhafter Weise ging die Diskussion weiter. Da aber die Unternehmer keinerlei Zugeständnisse machen wollten, wurde die Sitzung auf 1 1/2 Stunden unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab unser Vertreter des Verbandes die Erklärung ab, daß die Verhandlungskommission ohne Befragung der Formstechergehilfen nicht in der Lage sei, einen Tarifabschluß auf alter Grundlage zu tätigen. Sie müßte vielmehr genügend Zeit haben, den Kollegen die Sachlage darzustellen und verlangten deshalb eine Verlängerung des Tarifes bis zum 2. November. An diesem Tage soll dann zu neuen Verhandlungen zusammengetreten werden. Die Unternehmer wollten eine Verlängerung des jetzigen Tarifes auf weitere Sicht. Diesem Verlangen konnte aber nicht zugestimmt werden.

Die Formstecherkollegen werden nun in kurzer Frist über ihre Stellung zum Neuausschluß des Tarifes befragt werden. Es muß eine Urabstimmung darüber stattfinden, ob unter den alten Verhältnissen weiter gearbeitet werden soll oder ob ein vertragsloses Verhältnis vorzuziehen ist. Der Vorstand wird hierzu die notwendigen Unterlagen liefern.

Aus dem Gang der Verhandlung müssen die Formstecherkollegen ersehen, daß der Zeitpunkt nahe gerückt ist, in welchem nicht jede Verhandlung ein mehr oder weniger befriedigendes Ergebnis bringt. Das sollte allen Kollegen Anlaß sein, die Reihen zu schließen. In dem kleinen Beruf ist jeder Außenseiter schädlich. Die Formstecherkollegen können nur geben, wenn sie zum Ganzen stehen. Dasselbe gilt auch für die Heimarbeiter, die verbotswidrig und zu schlechten Preisen oft noch außer ihrer regulären Beschäftigung Arbeiten übernehmen. Die Organisation wird gezwungen sein, gegen diese schädliche Treiben mit allen Mitteln vorzugehen.

Aus Vorstehendem werden die Kollegen begreifen, daß es mehr denn je gilt, auf der Hut zu sein.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Hatten wir in Nr. 33 der „Graphischen Presse“ im August d. J. darauf hingewiesen, daß der heute in Deutschland herrschende Wirtschaftspessimismus seine Ursachen in dem mangelhaften Ausbau des deutschen Produktionsapparates hat, so möchten wir diesmal diese Ansicht auf die falsche Verteilung des Produktionskapitals ausgedehnt sehen, Produktionskapital, das sind Betriebsmittel, kann geliehen werden; diese Art der Kapitalbeschaffung schaltet bei unseren Betrachtungen aus. Nur das erarbeitete Kapital, d. h. der Reinertrag, der sich aus dem Unterschied zwischen Volksproduktion und Massenverbrauch ergibt, also das Neukapital, kommt für die Kapitalbeschaffung der deutschen Volkswirtschaft in Zukunft in Frage. Woran liegt es nun, daß sich so wenig Kapital bildet oder sind Momente vorhanden, die diesen Prozeß verhindern? Die letzte Frage ist die ausschlaggebende.

Ein Teil unserer Volksproduktion wird durch hohe Kosten, d. h. durch Überlastung der Wirtschaft mit Betrieben wieder weggenommen. Ich erinnere dabei an die Verdoppelung der Zahl der Großschlichter in Berlin im Verhältnis zu 1914, die mit einer Vermehrung der Berliner Bevölkerung gar nicht in Einklang zu bringen ist. Viel zu viel Handelsbetriebe, zu viel Bankbetriebe, Übersetzung in der gewerblichen Produktion, alles das zehrt unproduktiv am Ertrage der Volkswirtschaft und nimmt den „Vorteil“ der niedrigen Löhne, volkswirtschaftlich gesehen, wieder weg. Die übermäßige Kapitalentziehung durch zu hohe Steuern bedeutet zwar eine Zwangssparkasse, die wohl segensreich als Kreditgeber wirken könnte. Aber leider werden diese Gelder unzweckmäßig angewandt, um wirtschaftswidrige Großkonzerne künstlich auf-

recht zu erhalten; z. B. die Befähigung der Preussischen Staatsbank auf dem Aktienmarkt, also volkswirtschaftlich falsche Kapitalanwendung. Was an Ertrag über unseren Unterhalt hinaus erarbeitet wird, wird meistens falsch zwischen Anlage und Betrieb verteilt; z. B. wie bei der Aktiengesellschaft für Automobilbau (Aga, Dr. Edm. Siemes), welche ihre ganzen flüssigen Mittel restlos zum modernen Grobbaubau verwandte, so daß zu guter Letzt trotz Aufträgen, nichts mehr für die Löhne übrig blieb. Es war also des guten zu viel getan worden. Unsere Wirtschaft braucht mehrere Jahre Ausweitung des Betriebskapitals, das bedeutet Ausweitung des Kredites. Den kann letzten Endes aber nur der Sparer geben. Ihn muß man durch hohe Zinsen und währungssichere Bankbedingungen locken und nicht wie es unsere Banken tun, ihn mit niedrigen Kredit- und hohen Debitzinsen abschrecken. So stehen wir also noch vor schwierigen Kreditverhältnissen, die fraglos noch eine Reihe weiterer Zusammenbrüche herbeiführen werden. Dabei wird an eine Senkung der Zinssätze nicht zu denken sein. Helfen kann und wird da nur die eigene deutsche Kapitalbildung, insbesondere gerade der Kleinen und Kleinsten. Diese hätten, wie gesagt, ganz anders ermuntert werden müssen, als es bislang geschah. Leider kann man ihre Zurückhaltung nur zu gut verstehen; denn gebranntes Kind scheut Feuer und bei Lichte gesehen bleibt doch die ganze Aufwertung eine Farce. Pfennigbeträge für Goldmark reizen eher zum Verbrauch als zum Sparen und hier wird auch wohl der wunde Punkt sein, der durch Zugeständnisse geheilt werden muß.

Eine weitere Erkenntnis hat uns der Verlauf der Leipziger Messe gebracht. Wir führen fertige Textilien ein, weil unsere Textilindustrie größtenteils zur Kreditgewährung an die Ab-

nehmer und das Halten großer Rohstofflager fehlt; also teures Endprodukt statt billigerer Rohstoffe. Dieser Zustand, daß ich im Ausland Textilien einkaufen muß, nur weil das Inland mir keinen Kredit gewährt, muß aufhören. Ein gangbarer Weg scheint mir in der Gründung von Treuhändergesellschaften in Verbindung mit den öffentlichen Anstalten und Banken zu liegen. Hier sollten die verlangten Kredite reserviert werden und nach Prüfung ihres volkswirtschaftlichen Charakters schnellstens diesen Industrien zugeleitet werden.

Ein alter Mißstand, der am Ertrage unserer Volksproduktion zehrt, ist die Rentenvorbelastung in den kartellierten Industrien. Im Ausland läßt man nicht mehr konkurrenzfähige Betriebe einfach verschwinden; bei uns bekommen die schlecht gehenden Werke, die Quoten verkaufenden und die stillgelegten Betriebe in diesen Branchen Auszahlungen, bis sie einen netten Gewinn entsprechen. Leider ist die deutsche Industrie und die Regierung kartellbegünstigt genug, um diese Vorbelastung auch künftig auf das Produkt zu schlagen, was natürlich die Kapitalbildung nicht gerade fördert.

So läßt sich aus alledem entnehmen, daß der Kern unserer Leiden in der ungenügenden Kapitalbildung und der völlig falschen Verteilung des erarbeiteten oder geliehenen Kapitals auf Anlage und Betrieb liegt. Und es ist höchste Zeit, daß die Politik des Klagens und Anklagens preisgegeben wird, wie sie in der letzten Zeit durch die Denkschriften der Unternehmerverbände modern geworden ist. Leider werden, wie immer auch hier, die Schuldlosen, die Arbeitnehmer am meisten leiden; denn ohne Betriebsbeschränkungen und Zusammenbrüchen geht dieser Gesundungsprozeß nicht ab und das gibt Arbeitslose. Den Verlauf dieses

Prozesses zeigt uns die Beobachtung der Wirtschaftsmärkte in folgendem.

Früher war es sehr einfach, sich über den augenblicklichen Wirtschaftsstand eines Volkes zu orientieren. Man prüfte seine Handelsbilanz, d. h. zog den Saldo zwischen Ein- und Ausfuhr und nannte sie dann je nachdem aktiv oder passiv. Heute liegt die Sache für unsere Wirtschaft so, daß wir eine sehr starke passive Bilanz haben. Keiner bestreitet diese volkswirtschaftliche Schädigung, und diese Erkenntnis nutzen unsere Schutzzöllner weidlich aus. Es taucht nun die Frage auf, ob unsere Handelsbilanz den tatsächlichen Verhältnissen entspricht? Da finden wir einmal, daß Auslandskreditnehmer nur ein anderes Wort für Passivieren der Handelsbilanz ist; also daß man nicht nach Auslandskrediten rufen kann und gleichzeitig die Passivität beklagen darf. Weiter scheinen mir die statistischen Zahlen für die Einfuhr zu stimmen, aber nicht für die Ausfuhr; denn der Ausfuhrkaufmann hat ein Interesse daran, die Ausfuhr nicht zu hoch zu deklarieren. Steuerliche Gründe, Befürchtungen vor erneuter Devisenablieferung und der damit verbundene Währungsverfall veranlassen ihn dazu. Somit kann diese „schauerliche Passivität unserer Handelsbilanz“ nur als vermeintliche Krisenursache gelten und wir sind immer auf die Beobachtung der einzelnen Märkte angewiesen.

Die Effektenbörse steht unter dem Zeichen der Insolvenzkommission. Fast täglich muß sie sich mit Zahlungsschwierigkeiten von Maklerfirmen befassen, so daß die Unsicherheit und Nervosität an der Börse sich erheblich vermehrt. Das hat schon so weit geführt, daß eine Anzahl von Bankgeschäften und Bankiers beim Börsenvorstand den Antrag gestellt haben, die Namen der insolventen Firmen sofort durch Aushang bekannt zu geben, um der Unsicherheit entgegenzuwirken und um in künftigen Fällen beim Abschluß von Geschäften größere Vorsicht walten lassen zu können. Bemerkenswert ist die feste Haltung der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G., rühmlich bekannt von der letzten Berliner Wasserkalamität her. Zwischen diesem Unternehmen und der Stadt Berlin schweben Meinungsverschiedenheiten über die Wasserversorgung ihrer bisherigen Gebiete. Wahrscheinlich muß Berlin das umstrittene Röhrennetz abkaufen und die Werke würden durch diesen Verkauf mehrere Millionen barer Mittel in die Hände bekommen, die leicht rentabel angelegt werden könnten; dies wird wohl auch der Grund für die feste Haltung ihrer Aktien sein. Zu einer lebhaften Bewegung kam es am Rentenmarkt. Schutzgebieten stiegen in starkem Maße. Hier war Anfang September die Baissespekulation besonders intensiv tätig gewesen, so daß sie jetzt zu überstürzten Deckungen schreiten mußte. Mehrere Insolvenzen sind darauf zurückzuführen, da die Baissiers den Gerüchten von einer Regelung dieser Anleihen durch die Mandaturnächte keinen Glauben schenken wollten. Die Allgemeintendenz war kräftig erholt.

Am Geld- und Kapitalmarkt notierte tägliches Geld bei erheblichen Schwankungen nach oben und unten etwa 9½ Proz., obwohl die Reichskreditgesellschaft mit billigeren Angeboten, nämlich schon zu 8 bis 8½ Proz. im Markte war. Die Privatdiskontsätze waren für kurze Sicht (30 bis 55 Tage) 7½ Proz. und für lange Sicht (56 bis 90 Tage) 7¼ Proz. Wiederhergestellt scheint die Abhängigkeit der Effektenmärkte vom Geldmarkt, da der kurzfristige Geldmarkt bei den umfangreichen Käufen der letzten Hausperiode in Anspruch genommen wurde. Bezüglich des Kapitalmarktes muß sich die Berichterstattung mangels eindrucksvoller Transaktionen auf die Aufnahme einer Auslandsanleihe der Stadt Karlsruhe in Höhe von 4 Millionen R.-Mk. zum Ausbau eines Rheinhafens beschränken.

Auf den Warenmärkten war anhaltender Druck auf die Baumwollpreise zu verzeichnen. Gute Ernte und bessere Beschaffenheit der Ware begünstigten diesen Vorgang. Einzelne chinesische Plätze scheinen trotz des Boykotts laufende Käufer zu sein, aber gerade von dem als Käufer besonders wichtigen Hongkong wird stärkste Zurückhaltung berichtet. Inwieweit und ob das auf die Preise wirkt, ist schwer zu beurteilen. Unsicherheit herrscht an den Getreidemärkten. Die verschiedenartigsten Einflüsse bewirken das, wie die gute Ernte in Europa. Besonders tritt Deutschland als Weizenverkäufer ziemlich stark auf dem Londoner Markt an. Man hatte das Angebot von uns später erwartet, da die von uns herausgegebene Entwicklung dies vermuten ließ. Die Metallmärkte waren Anfang des Monats schwach, später erholt. Verhältnismäßig fest lag Zink. Am Gummimarkt lagen die Preise fest. Man rechnet mit beträchtlicher Nachfrage Amerikas für den Herbst, wodurch die Marktstimmung etwas gebessert wurde. Ereignisse von besonderer Bedeutung sind an den anderen Märkten in den letzten Wochen nicht weiter eingetreten.

Erka.

## Über Wirtschaftsdemokratie

sind auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß und auf dem Heidelberger Parteitag der Sozialdemokratie programmatische Erklärungen und Erläuterungen abgegeben worden, welche es rechtfertigen, daß der Begriff der wirtschaftlichen Demokratie, welcher nicht bloß ein neues Schlagwort sein soll, auch vom genossenschaftlichen Standpunkt aus beleuchtet wird.

Ganz mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die Anteilnahme am Produktionsprozeß der Industrie durch Betriebsräte und die Erweiterung deren Rechte in den Betrieben zwar die Grundlagen einer Betriebsdemokratie bilden, aber noch nicht Wirtschaftsdemokratie sind. Wirtschaftsdemokratie setzt den Allgemeinbesitz der Produktionsmittel voraus und von diesem Gesichtspunkt aus gesehen formulierte der gewerkschaftliche Hauptredner über die kommende Wirtschaftsdemokratie den Gedanken sehr glücklich, wenn er sagte, daß der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie gesteigert werden müsse durch das Eindringen in alle Wirtschaftskörper der Gemeinden und des Staates sowie durch Stärkung des wirtschaftsdemokratischen Geistes und dadurch, „daß wir mittels der Genossenschaften immer mehr Betriebe dem kapitalistischen Einfluß entziehen.“

Diese Auffassungen, die ein politisches und wirtschaftliches Programm zugleich enthalten, wurden von dem Gewerkschaftskongreß in einer Entschließung bekräftigt, deren achter Punkt fordert:

„Planmäßige Unterstützung der Konsumgenossenschaften, insbesondere durch Förderung der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion.“

In diesem Punkt kulminiert denn auch der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie, denn er enthält die Tatsache, daß Wirtschaftsdemokratie Betriebs- und Besitzdemokratie zugleich ist. Und welches Beispiel für die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Wirtschaftsdemokratie könnte besser gewählt werden, als das der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion, welche die Produktionsmittel im Besitz der Allgemeinheit zeigt und die Betriebsdemokratie, d. h. Disposition und Kontrolle des Produktionsprozesses in Händen der genossenschaftlich organisierten Verbraucher.

Natürlich muß eine solche Produktion — nach Karl Marx — sich auf „nationaler Stufenleiter“ entwickeln, wenn sie die Sozialisierung der Gesellschaft werden und bedeuten soll. Aber wenn Karl Marx schon im Jahre 1864 dem ersten Internationalen Arbeiterkongreß in Genf angesichts der englischen Genossenschaftsbewegung die These beschließen lassen konnte:

„Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegensätze beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende, verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das wohlstandserzeugende und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten“, so muß angesichts des heutigen Standes der konsumgenossenschaftlichen Bewegung in allen Ländern der Welt — 20000 Konsumgenossenschaften mit rund 25 Millionen Mitgliedern (Familien), Erzeugung und Verteilung von Milliardenwerten an Gebrauchsgütern — die Genossenschaftsbewegung als tragfähige und praktische Grundlage der von den Gewerkschaften und Sozialdemokratischen Partei geforderten Wirtschaftsdemokratie anerkannt werden. Womit ein weiterer Schritt über Karl Marx hinaus getan ist. Und wenn der Referent des Heidelberger Parteitages bezüglich des neuen Programms unter anderem die Hoffnung äußerte, daß einer der nächsten Parteitage sich ausführlich mit den Problemen des „konstruktiven Sozialismus“ werde beschäftigen können, so werden wohl im Mittelpunkt der Erörterungen über die praktische Konstruktion des Sozialismus, d. h. der Wirtschaftsdemokratie, die konsumgenossenschaftliche Bewegung und ihre wirtschaftlichen Resultate stehen, die auf Güterverteilung und Gütererzeugung beruhen.

Die Erkrüpfung der Wirtschaftsdemokratie im kapitalistischen Produktionsprozeß wird ein gewerkschaftlicher und politischer Kampf um die im Alleinbesitz der Unternehmer befindlichen Produktionsmittel sein — ein Kampf von gigantischen Ausmaßen, der am Ende eines verlorenen Krieges in Deutschland die Zerrümmerung der politischen Einheit des Reiches bedeutet hätte — also ein Postulat, das vor allem politische Gesinnungsgemeinschaft voraussetzt. Die Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion ist Sache der organisierten Wirtschaftspraxis, welche vor allem wirtschaftliche Gesinnungsgemeinschaft voraussetzt.

Beide aber, sowohl die gewerkschaftlich-politische wie die wirtschaftspraktische Gesinnungsgemeinschaft werden sich automatisch ergänzen, um auf verschiedenen Wegen das Ziel — die Wirtschaftsdemokratie — zu erreichen.

Es darf deshalb, insbesondere nach dem Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskongresses und den über die Wirtschaftsdemokratie sowohl in Breslau wie in Heidelberg gehaltenen Vorträgen und Aussprachen kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß für die Erreichung des Zieles die gesteigerte Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion eine der wichtigsten Voraussetzungen bildet.

Darunter versteht sich die vorbehaltlose Förderung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung, die heute in Deutschland schon über 4 Millionen Familien als Mitglieder zählt. Aber diese Förderung darf nicht Halt machen bei der Mitgliedschaft, sondern muß sich auswirken in den tausenden von Verteilungsstellen der deutschen Konsumgenossenschaften durch willige Hergabe der Kaufkraft beim Umsatz und durch die Stärkung der finanziellen Betriebsmittel der Genossenschaften. Denn dies sind die grundlegenden Mittel und Wege der genossenschaftlichen Betriebs- für die genossenschaftliche Wirtschaftsdemokratie.

—/f.

## Die Privatlithographie und die Gestaltung der Verhältnisse in der Lithographie.

I.

Die Privatlithographie findet innerhalb der Gesamtkollegenschaft leider nicht die Beachtung die diese infolge ihrer Rückwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Lithographen eigentlich verdient. An dieser Gleichgültigkeit haben auch die in der „Graphischen Presse“ erschienenen Veröffentlichungen nicht viel zu ändern vermocht. Das ist besonders zu bedauern, weil die Privatlithographie seit reichlich Jahresfrist an Umfang bedeutend zugenommen hat. Man kann mit einer gewissen Berechtigung von einer teilweisen Flucht in die Privatlithographie sprechen. Die Flucht hat ihre Ursache in der geringen Entlohnung der Lithographen in den Druckereibetrieben. Unter dem Zwange der Verhältnisse, einen ausreichenden Lohn verdienen zu müssen, greift man zur Privatlithographie und versucht auf diesem Wege den Verdienst zu steigern. Daß dieser Weg ein falscher ist und daß man dabei das Pferd am Schwanz aufzäumt, wird nicht bedacht.

Die Privatlithographie ist bis zu einem bestimmten Grade für das Gewerbe eine Notwendigkeit; sozusagen ein notwendiges Übel. Die Firmen sind nicht immer in der Lage, für gelegentlich vorkommende Spezialarbeiten, deren Ausführung besondere Spezialkräfte sich zu halten; das wäre unwirtschaftlich. Ferner haben hauptsächlich kleine Druckereibetriebe für einen Lithographen nicht dauernd Beschäftigung, die die Einstellung eines Gehilfen rechtfertigt. In solchen Fällen ist die Privatlithographie ein notwendiges und berechtigtes Aushilfsmittel und ist dem Gewerbe nützlich.

Vom Übel ist aber, wenn die Privatlithographie gegenüber in den Druckereibetrieben beschäftigten Lithographen als preis- und lohn-drückendes Element seitens der Unternehmer benutzt wird. Letzteres geschieht in der Chromolithographie im weitesten Umfange und auch teilweise in der Merkantillithographie. Gegen diese Art der Verwendung der Privatlithographie müssen wir uns mit aller Kraft wehren und das nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern auch des Gewerbes.

Vor dem Kriege wurde die preis- und lohn-drückende Tendenz der Privatlithographie von den Kollegen klarer erkannt und wurde dagegen energisch angeknüpft. Gegenwärtig läßt man sozusagen den Karren laufen. Wird der Lohn- druck, den die Privatlithographie ausübt unangenehm empfunden, schimpft man schließlich auf die Verbandsleitung, die ja bekanntlich alles Unangenehme meistern soll, ohne selbst eine Hand zu rühren. Was nützt aber dem Körper ein guter Kopf, wenn sich Arme und Beine zu schlapp erweisen, um gegebene Anregungen in die Tat umzusetzen. Mit Wehklagen allein sind Mißstände noch nie beseitigt und Besserungen herbeigeführt worden. Dazu sind immer Taten nötig, und an Tatkraft haben es hauptsächlich die Lithographenkollegen fehlen lassen. Es geht auch nicht an, daß man heute das tut — in dem man selbst Privatlithograph wird oder zu Schwarzlithographie greift — was man noch gestern glaubte im eigenen Interesse bekämpfen zu müssen. Etwas mehr Überzeugungstreue wäre durchaus angebracht. Die Tatsache, daß die Privatlithographen nur aus unseren Reihen hervorgehen, beweist doch, daß wir es in der Hand haben, deren Zahl zu begrenzen und nicht ins Unendliche wachsen kann.

Kann man es den Unternehmern verdenken, wenn sie unsere Schwäche zu ihren Gunsten ausnutzen und unseren Kampf gegen die Privatlithographie nicht so ernst nehmen, wie er von einsichtigen Kollegen gemeint und namentlich seit über 30 Jahren geführt wurde? Die Unternehmer wären sonst schlechte Vertreter

ihren wirtschaftlichen Interessen. Hinzu kommt noch, daß unsere Unternehmer, im Gegensatz zu den im Buchdruckgewerbe, gewerbepolitischen Fragen fast kein Interesse entgegenbringen, denn sonst müßten sie auch den Schattenseiten der Privatlithographie ihre Aufmerksamkeit ernstlich widmen.

Leider ist bei uns die instinktmäßige Wahrnehmung allgemeiner Interessen nicht so stark ausgeprägt, wie bei den Unternehmern, die sich wohl im Konkurrenzkampf scharf und oft auch recht unfreundlich gegenüberstellen, aber sofort einig sind, wenn es gilt, allgemeine Interessen gegen die Gehilfen wahrzunehmen. In dieser Beziehung können wir von unseren Unternehmern noch etwas lernen.

Die Tatsache, daß der Lithograph im allgemeinen nicht seinen beruflichen Leistungen entsprechend entlohnt wird, führe ich mit wesentlichen auf die Privatlithographie mit zurück. Letztere wird bekantlich wegen ihrer „Billigkeit“ von den Unternehmern besonders bevorzugt und auch gelobt. Die Klagen über die „kueren“ Anstaltslithographen sind uns allen ja bekannt. Es ist deshalb auch kein Wunder, wenn die Leiter der Druckereien, die wohl ganz gute Kaufleute sein mögen, aber von den berufstechnischen Leistungen der Lithographen sich kein gerechtes Urteil bilden können, weil sie den Beruf nie praktisch ausgeübt haben, zu einer allgemeinen Unterbewertung lithographischer Berufleistungen kommen. Das ist auch ein Grund mit, weshalb die Entlohnung der Lithographen eine ungerechte ist.

Ferner kann die Tatsache nicht geleugnet werden, daß z. B. in größeren Druckorten, weite Kreise der Chromolithographen — auch solche, die im photomechanischen Verfahren arbeiten — auf dem Lohnniveau der Buchdruckereihilfsarbeiter angekommen sind. Es soll auch über 24 Jahre alte Kollegen geben, die noch geringer entlohnt werden. Und steht es denn mit unseren Spezialkräften für braune Platten und figurlichen Arbeiten viel besser? Nein. Eine um zwei bis drei Mark höhere Entlohnung ist keine Bezahlung für erste Kräfte; daran wird auch durch einige Paradeperle nichts geändert, die bei passender Gelegenheit stets vorgeführt werden. Zugegeben soll werden, daß die durchschnittliche Entlohnung der Merkantillithographen eine etwas bessere ist. Aber das Bild ändert sich sofort, wenn man sich die Löhne der Merkantillithographen betrachtet, die in den Chromoanstanlen beschäftigt werden.

Die besondere Wertschätzung, die seitens der Unternehmer der Privatlithographie entgegengebracht wird, wird natürlich von diesen energisch bestritten; an der Tatsache wird dadurch aber nichts geändert. Die geschätzte „Billigkeit“ der Privatlithographie beruht in den allerwenigsten Fällen auf einer größeren Leistungsfähigkeit sondern hat hauptsächlich in einer über tariflichen Arbeitszeit ihre Ursache. Hinzu kommt noch, daß bezüglich der Qualität, infolge der Billigkeit, öfters ein Auge, manchmal auch zwei Augen zugedrückt werden. Mancher Lithograph, der in der Anstalt sich nicht bewährt haben soll, hat dann als Privatlithograph als eine sehr geschätzte Kraft gegolten.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß, trotz unterschriftlicher Anerkennung des Tarifvertrages, die zur Einhaltung aller tariflichen Bestimmungen verpflichtet — auch der achtstündigen Arbeitszeit — letztere in sehr vielen Fällen von den Privatlithographen, die ohne Gehilfen arbeiten, nicht eingehalten wird. In dieser Beziehung wird von den Unternehmern die unhaltbare Auffassung vertreten, daß die Einhaltung der tariflichen Arbeitszeit seitens der Privatlithographen nicht unbedingt nötig sei, sondern die Hauptsache wäre, daß der Preis der Arbeiten den zur Ausführung benötigten Arbeitsstunden entspricht. Dieser Ansicht müssen wir scharf entgegen treten. Wir können nicht zulassen, daß den Privatlithographen bezüglich der Arbeitszeit ein Freibrief ausgestellt wird. Die unterschriftliche Anerkennung des Tarifvertrages durch die Privatlithographen würde damit ihren Sinn verlieren. Die Überschreitung der tariflichen Arbeitszeit ermöglicht erst den Privatlithographen ihre Schmutzkonzurrenz gegen die Anstaltslithographen.

Würden die Unternehmer bei Vergebung von Arbeiten an Privatlithographen den Stundenlohn in Ansatz bringen, den sie ihren Kalkulationen bei Übernahme von Aufträgen zugrunde legen und diesen auch tatsächlich zahlen, so würde für uns die Privatlithographie keine Schmutzkonzurrenz sein. Sie würde im Gegenteil lohnsteigernd wirken. Weil dem nicht so ist und wir aus Erfahrung wissen, was für Künstler die meisten Privatlithographen in der Kalkulation sind und diese den Unternehmern, außer dem mit der Lithographie verbundenen Risiko, auch noch die Unkosten für Miete, Licht, Feuerung und soziale Lasten abnehmen, ist uns auch deren Vorliebe für die Privatlithographie erklärlich.

Was wir bekämpfen müssen, ist nicht die Privatlithographie an sich, sondern deren

Schmutzkonzurrenz und deren über das notwendige Maß hinaus gehenden Ausbeutung. Dieser Kampf bedarf großer Ausdauer und der Mitarbeit aller Kollegen, und was ich ganz besonders hervorheben möchte, auch die Mithilfe der Steindruckerkollegen.

### Internationale Kampfrevue.

Unsere Kollegen in *Elsaß-Lothringen* befinden sich in einem *Tarifkampfe*. Der Tarif ist gekündigt worden, was die Unternehmung anscheinend sehr verschupft hat. Wenigstens die Unternehmungsausschüsse Lothringens legt seit dieser Zeit ein besonders rigoroses Verhalten an den Tag. Und dieses Verhalten soll dem Zwecke dienen, die regionale Organisation unserer elsäß-lothringischen Kollegen zu sprengen. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß alles mögliche versucht wird, um dieses Ziel zu erreichen. In der Firma Ewen (Metz), ist es schon zum Streik gekommen. Unsere elsäß-lothringischen Kollegen erwarten selbstverständlich die Solidarität der übrigen Kollegenschaft, denn *Elsaß-Lothringen ist bis auf weiteres für jeden Zuzug von Arbeitskräften gesperrt!* Auch wir erwarten, solange die dortigen strittigen Verhältnisse nicht bereinigt sind, daß kein deutscher Kollege mit einem Unternehmer Elsaß-Lothringens in Verhandlungen wegen Abschluß eines Arbeitsverhältnisses eintritt oder gar ein Engagement abschließt. Elsaß-Lothringen ist bis auf weiteres gesperrt! Sperrbreuch ist für einen organisierten, klassenbewußten Arbeiter gleich Streikbruch!

### Der Streik in Belgien.

Vor 1911 waren in Belgien die Arbeitsbedingungen für die verschiedenen graphischen Berufe lokal geregelt. Vielerorts bestanden überhaupt keine Tarife, so daß die Festsetzung der Arbeitsbedingungen der individuellen Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern überlassen blieb.

Der erste Kollektivvertrag kam 1911 in Brüssel zustande, der die Arbeitsbedingungen für die sämtlichen Zweige des graphischen Gewerbes regelte. Nahezu die Gesamtheit der Firmen sind gemischte Betriebe, die sowohl den Buch- und Steindruck, wie auch die Buchbinderei ausüben. Dieser Tarif wurde am 1. Juli 1914 erneuert. Aber bald darauf brach der Krieg aus. Infolge der dadurch im Gewerbe herrschenden Arbeitslosigkeit wurde der Tarif hinfällig.

Nach Kriegsschluß hatte sich die Unternehmungsausschüsse des graphischen Gewerbes zu einem Einheitsverband zusammengefunden. Der neu organisierten Arbeiterschaft gelang es nun einen Kollektivvertrag für sämtliche graphischen Arbeiter Belgiens abzuschließen. Im Jahre 1922 wurde dieser Tarif erneuert. Es konnte hierbei eine fühlbare Besserstellung der Arbeiterschaft erreicht werden. Dieser Tarif galt bis zum 30. Juni 1925. Auf diesem Zeitpunkt war eine Kündigung seitens einer der Parteien unter Beobachtung einer dreimonatigen Frist zulässig.

In Belgien, wie in den meisten Ländern Europas, hatte sich jedoch die Reaktion wieder zu rühren begonnen. Das Industriellenkomitee, das Hauptorgan der Unternehmerverbände, hatte sich einen allgemeinen Angriff auf die von den Arbeiterorganisationen errungenen Vorteile in bezug auf Lohn und Achtstundentag zum Ziele gesetzt. Außer den Metallarbeitern und den Bergarbeitern sollten vor allem die graphischen Arbeiter von dieser Unternehmerröffe betroffen werden. Das Industriellenkomitee machte der Unternehmungsausschüsse des graphischen Gewerbes zum Vorwurf, daß sie ihrer Arbeiterschaft Arbeitsbedingungen gewährt habe, die bis dahin in Belgien nicht gebräuchlich waren, so z. B. die Entlohnung per Woche, was dazu beigetragen habe, daß die Arbeiterschaft der übrigen Industrien, diesem Beispiel folgend, die gleichen Forderungen gestellt haben.

Infolgedessen machte sich seit Monaten eine gewisse Feindseligkeit von Seiten des Prinzipalsverbandes bemerkbar, in der Absicht, der Erneuerung des geltenden Tarifs Hindernisse entgegen zu setzen. Und am 1. März kündigten die Prinzipale den Tarif auf den 30. Juni.

Unterhandlungen fanden statt. Im Verlauf derselben trat die Absicht der Unternehmungsausschüsse deutlich zutage, eine Erhöhung der Zahl der Überstunden sowie die Nachholung der Arbeitszeit bei Feiertagen und im Falle von Krankheit usw. zu erreichen, des weiteren eine Regelung des Lehrlingswesens, die nach einigen Jahren eine derartige Vermehrung der Arbeitskräfte gebracht hätte, daß es ihr, dank der dadurch erzielten starken Arbeitslosigkeit, möglich geworden wäre, der Arbeiterschaft ihren Willen aufzuzwingen.

In der Hoffnung, unter der Arbeiterschaft eine Spaltung herbeizuführen, stellten die Unternehmer die Forderung, daß die Offsetmaschine als Gemeinschaftsgebiet des Buch- und Steindrucks zu gelten habe.

Was die Buchdrucker betrifft, verlangten die Unternehmer, daß zur Setzmaschine auch Berufsremde zugelassen werden sollten, besonders weibliche Arbeitskräfte. Für die Buchbinderei verlangten sie das Recht, an allen Maschinen weibliches oder nicht organisiertes Personal zu beschäftigen.

In Anbetracht dieser herausfordernden Haltung der Unternehmungsausschüsse stellte auch die Arbeiterschaft Forderungen auf. So wurde eine Lohnerhöhung verlangt, die das Lohnminimum der bestbezahltesten, hauptstädtischen Berufsarbeiter auf den Vorkriegsstand von 1914 gebracht hätte. Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß der Vorkriegslohn von den Hilfsarbeitern, Buchbindern und der Arbeiterschaft in der Provinz bereits überholt worden war. Ferner wurde die Beschränkung der Überstundenleistung auf 52 Überstunden pro Jahr, wie dies bereits im bisherigen Vertrag festgelegt worden war, verlangt sowie die Gewährung von sechs bezahlten Ferientagen pro Jahr.

Die Verhandlungen fanden zu einer ungünstigen Zeit statt. Andere große Konflikte brachen zur selben Zeit aus, so derjenige der Metallarbeiter mit 70 000 Beteiligten, die in den Streik traten, um einen 50prozentigen Lohnabbau abzuwehren. Die Prinzipale wiesen daher unsere Begähren ab und verharteten auf den von ihnen gestellten Forderungen. Aus diesem Grunde war der Konflikt unvermeidlich. Am 20. Juli traten die Arbeiter in den Streik, sofern der betreffende Prinzipal die Arbeiterforderungen nicht anerkannt hatte. Ungefähr 5000, hauptsächlich im Buchdruck beschäftigte Arbeiter, erhielten so Befriedigung. Es betraf dies hauptsächlich die Tageszeitungen, die mit drei oder vier Ausnahmen ihr Erscheinen nicht einstellten.

7650 Arbeiter befanden sich im Streik, davon waren 4000 Buchdrucker, 2500 Buchbinder und 1150 Steindruck und Chemigraphen.

Der Kampf dauerte lange. Die Arbeiterschaft hielt sich stets gut und sonder Wanken. Es muß übrigens anerkannt werden, daß auch die Unternehmer sich diszipliniert verhielten und einen Organisationsgeist zur Schau trugen, den wir bei ihnen bis jetzt nie feststellen konnten. Es war eine Kraftprobe zweier gut organisierter Gegner.

Mehrere, vom Arbeitsministerium unternommene Vermittlungsversuche scheiterten. Von den Unternehmern wurde alles in Bewegung gesetzt. Wir verweisen auf ihr Manöver mit einigen unbedeutenden christlichen Organisationen, die etwa 400 bis 500 Mitglieder im ganzen Land zählen, einen Tarifvertrag abzuschließen. Diese Organisationen zählen weder Steindruck noch Chemigraphen zu Mitgliedern. Gleichwohl erhält ihr Tarif auf diese Berufe bezügliche Bestimmungen, die den Ansprüchen der Unternehmung vollständig Befriedigung boten. In der Tat haben sich die Christlichen damit keine all zu große Verantwortung aufgeladen.

Die Christlichen waren zwei Wochen später in den Ausstand getreten und kehrten nach drei Wochen Streik an ihre Arbeitsplätze zurück. Sie wurden dadurch zu Verrätern an der Sache ihrer Arbeitskollegen und haben sich nicht geschämt, den Streikbrecher zu machen, besonders in Antwerpen, wo sie am zahlreichsten sind und sich auf die verschiedenen Betriebe verteilen ließen, um anstelle der streikenden Kollegen zu arbeiten. Dieser Verrat vermochte das Vertrauen unserer Kollegen nicht zu erschüttern. Der Kampf ging weiter. Nach Verlauf von sieben Wochen zeigten sich die Unternehmer schon verschömlischer. Aus den während zwei Wochen fortgesetzt gepflogenen Verhandlungen ging ein Vertragsentwurf hervor, der von den Verbänden der Unternehmer und Arbeiter gutgeheißen wurde.

Die getroffene Vereinbarung bedeutet für die belgischen Arbeiter einen glänzenden Sieg. Der Vertrag mit den christlichen Arbeitern, den die Unternehmer den übrigen aufzwingen wollten, wurde fallen gelassen. Die von den Unternehmern in Vorschlag gebrachten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen blieben unberücksichtigt, während die Mehrzahl der Arbeiterforderungen bewilligt wurden.

Die Unternehmer hatten jede Lohnerhöhung abgelehnt. Die Christlichen haben sich mit 9,60 Fr. per Woche zufrieden gegeben, während unserer Mitgliedern mit 10,80 oder 12 Fr. die Löhne allgemein aufgebessert werden. Unsere Forderung hatte 12,50 Fr. betragen.

Die Unternehmer verlangten im Einverständnis mit den Christlichen 150 Überstunden. Unser Tarif läßt 52 zu, darüber hinaus werden keine bewilligt ohne die Zustimmung der Arbeiterschaft. Die Nachholung von Feiertagen ist nicht gestattet. Wie die Unternehmer selber zugeben, hatten sie auf das ausdrückliche Gebot des Industriellenkomitees hin die Gewährung bezahlter Ferien verweigert. Unsere Mitglieder hatten sechs Ferientage verlangt. Währenddem sich die Christlichen der Unternehmerröffe unterzogen, wurde unsern Mitgliedern

die Zahl der Feiertage von 10 auf 11 erhöht mit der Ermächtigung, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt des Jahres, diejenigen Feiertage nachzuholen, die auf einen Sonntag entfallen sind. Das bedeutet, daß jährlich zwei Arbeitstage unsern Mitgliedern freigegeben werden. Wenn auch in verschleierter Weise, so ist damit das Prinzip der Ferien anerkannt worden. Es ist nun Sache der Arbeiterschaft, dieses Prinzip mit der Zeit zu entwickeln.

Was die Lehrlingshaltung anbetrifft, verlangten die Prinzipale für die Berufe der Steindruckerei und Chemigraphen eine der Arbeiterzahl entsprechende gleich hohe Lehrlingszahl. Die Christlichen gingen darauf ein. Unser neuer Tarif hingegen gestattet auf vier Arbeiter einen Lehrling in der Steindruckerei und einen Lehrling auf zwei Arbeiter in der Chemigraphie, letzteres mit Rücksicht auf den fühlbaren Mangel an Arbeitskräften und mit Rücksicht auf die Zunahme dieses Gewerbes, jedoch gilt dieser Ansatz nur provisorisch und fällt dahin, wenn dadurch Arbeitslosigkeit hervorgerufen würde.

In bezug auf die Offsetmaschine beanspruchten die Unternehmer die Befugnis, an dieser Maschine nach freiem Belieben Buch- oder Steindruckerei beschäftigen zu können. Der Tarif erklärt die Steindruckereiorganisation als zuständig für die Offsetmaschine, ermächtigt jedoch in gewissen Fällen die Unternehmer mit Zustimmung unserer Organisation auch Buchdruckmaschinenmeister an diese Maschine zu stellen, wenn letztere in einem bestimmten Betrieb durch Einführung einer Offsetmaschine arbeitslos würden oder wenn unsere Organisation außerstande ist, die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Die Buchdruckereiorganisation hat sich bereit erklärt mit uns eine Vereinbarung abzuschließen, in welcher der Übertritt der betref-

fenden Arbeiter in die Organisation der Steindruckerei geregelt werden soll.

Alle die andern Vertragsbestimmungen lassen die üblichen Arbeitsbedingungen unberührt oder verbessern dieselben noch.

Die Wiederaufnahme der Arbeit fand am 21. September für fast alle Streikenden statt, nachdem zuvor die Betriebe von den Streikbrechern gesäubert worden waren. Es war dies allerdings nur eine kleine Anzahl von Streikbrechern, die von den Unternehmern Hals über Kopf zusammengelesen worden waren. In Antwerpen war die Wiederaufnahme der Arbeit wegen den Christlichen mit Schwierigkeiten verbunden, weil diese bis zum Schluß Streikbruch verübten. Am 28. September wurde auch hier die Arbeit wieder aufgenommen.

Es war ein prächtiger Kampf mit einer Dauer von neun bis zehn Wochen. Alle an dieser gewaltigen Schlacht beteiligten Arbeiter bewiesen einen bewunderungswürdigen Opfergeist und Disziplin. Auf 7650 Streikende gab es kaum ein halbes Dutzend Fahnenflüchtige.

Das, was wir bei diesem Streik am meisten bewundern, was uns auch in Zukunft als Beispiel dienen wird, ist die den streikenden belgischen Arbeitern so tatkräftig bezugte internationale Solidarität, so vor allem die uns von Seiten der Steindruckereinternationalen zuteil gewordene Hilfe.

Ohne die Unterstützung durch unsere Bruderverbände hätten wir nach drei bis vier Wochen infolge Mangels der zum Weiterstreiken notwendigen Mittel unterliegen müssen. Deshalb können wir den Sieg unserer belgischen Kollegen auch als einen glänzenden Sieg unserer Internationalen bezeichnen.

### Vom Büchertisch.

Das Land der Sehnsucht. Von Raoul France. Herausgegeben vom Bücherkreis, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Ein wundervolles Buch, das der „Bücherkreis“ da seinen Lesern in die Hand gibt! Alt und Jung werden es mit Freude lesen! Der große Naturforscher irrt sich nicht, wenn er in dem in der Monatsschrift des „Bücherkreises“ gegebenen Einführungsaufsatz „Mein Buch vom Süden und ich“ schreibt: Ich freue mich unendlich auf die vielen tausend Leser, in deren Herzen ich ein wenig von der alten Freude und inneren Seligkeit gekostet kann, die ich empfand auf meinen Wandfahrten in fernen Ländern und Meeren. Ich bin in Arabien gewesen und habe zwischen den Koralleninseln gelebt. Und das afrikanische Meer habe ich als Naturforscher in seiner unbeschreiblichen Schönheit erforscht. Und Italien von oben bis unten und Südfrankreich und die vergessenen Märchenländer des alten byzantinischen Reiches. Von den Abenteuern, den Freuden, dem tiefen Blick in die Welt, die ein Naturforscher und ein Philosoph von dort mitbringen kann, rede ich nun in meinem Buch.

Man muß schon sagen, daß der „Bücherkreis“ hält, was er versprochen hat: edelste Literatur für billigstes Geld dem wertvollsten Volk in die Hand zu geben! Wenn wir hören, daß das nächste Buch des „Bücherkreises“ einen unveröffentlichten Roman von Maxim Gorki, dem großen russischen Dichter, bringen wird, so gebührt dem „Bücherkreis“ für seine Tätigkeit alle Anerkennung und auch alle Unterstützung!

### Lachen links.

Die soeben erschienene Nr. 41 des republikanischen Witzblattes „Lachen links“ ist wieder, wie alle vorhergehenden Hefte, von höchster politischer Aktualität. Die Konferenz von Locarno und der „Preisabbau“ geben der neuen Nummer das Gepräge. Die Beilage bringt eine amüsante Sammlung von Aufzeichnungen eines Wurzelosen „Vom Baume der Großstadt“ (Max Bartel, mit grotesken Einzelheiten. Auch der übrige Inhalt des Hefes ist voller Witz und Satire und die bekannten Lachen-links-Zeichner haben treffsichere Karikaturen beigeleuert. Jede Nummer kostet 20 Pf. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Volksbuchhandlungen.

Die illustrierte Reichsanzeigezeitung, dieses einzige, bewußt republikanisch geleitete illustrierte Blatt bringt in seiner soeben erschienenen Nr. 41 in Schrift und Bild wieder eine Fülle des interessantesten Stoffes. Politische Aufsätze, Abhandlungen aus verschiedensten Wissensgebieten und gute Unterhaltungsstücke machen die I.R.Z. zu einem gediegenen, gern gelesenen Blatt. Auch der Humor kommt auf seine Rechnung und vorzügliches Bildmaterial belebt den Text.

Die I.R.Z. ist in jeder Buchhandlung, durch die Post und bei den Ortsgruppen des Reichsbanners zum Preise von 20 Pf. zu beziehen.

## Reproduktions-Photograph.

Für neu eingerichtete Sonderabteilung suchen wir einen in allen Verfahren selbständig arbeitenden Reproduktions-Photographen. Herren, welche Interesse für allermodernste Arbeitsweise und berufliche Weiterbildung haben, bietet sich dauernde, aussichtsreiche Stellung. Gefl. Angebote an

Weszel & Naumann A.-G., Leipzig.

Ein tüchtiger Flachdrucker f. Flächenarbeiten  
ein tüchtiger Offsetdrucker  
ein perfekter Umdrucker

in Dauerstellung bei hohem Lohn sofort gesucht.

Hugo Besthorn, Magdeburg-Neustadt.

## Maschinenretuschere Auto- und Strichzähler

tüchtige Kräfte sucht

Albert Wolf, Mannheim.

## Offsetdrucker

für beste Qualitätsarbeit in dauernde Stellung gleich oder später gesucht. Es wollen sich nur Herren melden, die nachweislich den Offsetdruck durch und durch beherrschen und für einwandfreie Leistungen garantieren können.

F. A. Brockhaus, Leipzig.

## Farb- und Schwarzzähler

in dauernde Stellung zu sofort gesucht

Köhler & Lippmann, Braunschweig.

## Tüchtiger Steindruckmaschinenmeister

der an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist und sauberste Drucke liefert, zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lohnforderungen erbiten Hoffmann & Reiber, Görlitz, Buchdruck, Steindruck, Offsetdruck.

## Karto-Lithographen oder Merkantil-Lithographen

welche im lithographischen Fache bewandert sind, tüchtig in Gravur und Federarbeiten, sofort oder später gesucht. Angebote mit Lohnforderung, Musterarbeiten und kleinem Lebenslauf erbiten an

Joh. Roth sel. Ww., München, Karlstraße 51-53.

## Lithograph

der in Gravur und Federzeichnung wirklich tüchtig ist, zum baldigen Eintritt in angenehme, gut bezahlte Dauerstellung gesucht. Die Reisekosten werden von uns übernommen.

A. Bagel, Aktiengesellschaft, Düsseldorf, Grafenberger Allee 98.

## Mehrere tüchtige Autozähler

in gut bezahlte Dauerstellungen gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen erbiten an

Vereinigte chemigraphische Kunststätten K. A. Machleb, Chemnitz, Theaterstraße 12.

Jeder vorwärts strebende Gehilfe sollte wenigstens eine gute Fachzeitschrift regelmäßig lesen. Die in 20000 Auflage erscheinende Fachzeitschrift

## Klimschs Allgemeiner Anzeiger für Druckereien

ist seit 50 Jahren das bekannteste und am meisten gelesene graphische Fachblatt.

Er bietet in seinem Textteile

reichste und vielseitigste Belehrung und steht in seinem bekannten

Fragkasten

den Gehilfen bei auftretenden Schwierigkeiten aller Art hilfreich

zur Seite. Durch seinen reichhaltigen

Neuheiten- und Inseratenteil

erfährt der Fachmann rasch, was es an verbesserten Verfahren, Maschinen und sonstigen Arbeitsmitteln sowie Schriften Neues gibt. Sein

Stellenmarkt

vermittelt aufs schnellste Stellenangebote und -suche aller Art zweimal wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt durch die Post 2.40 Mk. vierteljährlich. Gegen Einsendung von 9,60 Mk. an uns weisen wir ein Abonnement gleich für 12 Monate von hier aus an. Zusendung unter Kreuzband kostet 1,50 Mk. für den Monat. Bei sofortiger Bestellung werden die Ausgaben vom 1. Oktober ab noch nachgeliefert.

Verlag von  
Klimschs Allg. Anzeiger für Druckereien  
Frankfurt am Main.

## Zinkdruckplatten Offsetplatten Zinkätzplatten

für Auto und Strich, prima Qualität

Karl Mess G. m. B. H., Berlin SO 36, Fernspr. Mor. 12289.

## Swanboy, Gummifücher

sowie alle Bedarfsartikel für Stein- und Offsetdruck, liefert

Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf Adolf-Straße 117

Ein jüngerer

## Chromo- Lithograph

dem Gelegenheit gegeben ist, sich in Pololitho

einzuarbeiten, wird zum baldigen Antritt gesucht.

C. G. Vogel, Pöbbeck 1. Thür. Betriebsbüro.

## Aufzeichner

welcher auch etwas Messingarbeit mit machen kann, sowie einen tüchtigen

## Messingstecher

Schulze & Bremer, Lüneburg.

## Brauchen Sie

Anregungen zur Anfertigung von Plakaten in erstklassiger, künstlerischer Aufmachung, kaufen sie sich die Mappe

## Plakate

Original-Entwürfe aus dem Atelier von Hans Neumann. Sie sind dann für alle Fälle gewappnet. Preis inkl. Nachnahme 10.50 RM. Zu beziehen durch

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.